



10.12.2021 – 17:07 Uhr

COVID-19: Regierung informiert in der nächsten Woche über eine allfällige Verschärfung

Vaduz (ots) -

Der Schweizer Bundesrat hat am Freitag, 10. Dezember zwei Varianten für weitergehende Massnahmen im Kampf gegen das Coronavirus vorgestellt. Die erste Variante sieht in Innenbereichen die Einführung der 2G-Regel mit Masken- und Sitzpflicht vor. Wo die Maske nicht getragen oder nicht im Sitzen konsumiert werden kann, ist zusätzlich ein negativer Test nötig. In der zweiten Variante sind dort Schliessungen geplant, wo die Maske nicht getragen werden kann. Bei beiden Varianten würden die Basismassnahmen verstärkt, etwa mit einer Homeoffice-Pflicht und der Beschränkung privater Treffen. Die Konsultation dauert bis am Dienstag, 14. Dezember und der Bundesrat wird danach entscheiden.

Der Regierung ist es ein Anliegen, dass kein zu grosses Gefälle bei den Massnahmen zwischen den beiden Ländern existiert und es zu keinem Ausweichverkehr kommt. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, eine Verschärfung der Massnahmen in Liechtenstein ebenfalls nachzuvollziehen. Die Regierung wird nach dem Entscheid des Schweizer Bundesrats über allfällige Anpassungen der Massnahmen informieren.

Weiterhin bittet die Regierung alle Einwohnerinnen und Einwohner um strikte Einhaltung der gegenwärtig geltenden Massnahmen, um Einschränkung und sichere Ausgestaltung der sozialen Kontakte sowie um Befolgung der Hygiene- und Abstandvorgaben.

Pressekontakt:

Ministerium für Gesellschaft und Kultur
Martin Hasler, Generalsekretär
T +423 236 74 76

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100000148/100882650> abgerufen werden.